

SATZUNG DER DEUTSCHE TELEKOM AG

ARTICLES OF INCORPORATION OF DEUTSCHE TELEKOM AG



ERLEBEN, WAS VERBINDET.

I. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

§ 1

Firma, Sitz und Geschäftsjahr

(1) Die Aktiengesellschaft - nachstehend „Gesellschaft“ genannt - führt die Firma Deutsche Telekom AG.

(2) Sie hat ihren Sitz in Bonn.

(3) Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2

Gegenstand des Unternehmens

(1) Gegenstand des Unternehmens ist die Betätigung im gesamten Bereich der Telekommunikation, Informationstechnologie, Multimedia, Information und Unterhaltung (einschließlich Glücksspiel- oder Wettgeschäft), der Sicherheitsdienstleistungen, Vertriebs- und Vermittlungsdienstleistungen, des E-Banking, E-Money und sonstiger Zahlungslösungen, des Inkasso, Factoring und der Empfangs- und Bewachungsleistungen sowie der mit diesen Bereichen im Zusammenhang stehenden Serviceleistungen und in verwandten Bereichen im In- und Ausland. Darüber hinaus gehört zum Gegenstand des Unternehmens die Betätigung im Bereich Venture Capital (Risikokapital), einschließlich des Erwerbs, Haltens, Verwaltens und der Veräußerung von Venture Capital-Beteiligungen, insbesondere, aber nicht ausschließlich, an Unternehmen, die in den in Satz 1 genannten Bereichen tätig sind. Daneben gehört zum Gegenstand des Unternehmens auch die Betätigung im Bereich Rückversicherung im Zusammenhang mit den in Satz 1 genannten Bereichen; diese Betätigung darf nicht unmittelbar durch die Gesellschaft selbst erfolgen.

(2) Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die geeignet erscheinen, dem Gegenstand des Unternehmens nach Absatz 1 zu dienen. Sie kann auch andere Unternehmen gleicher oder verwandter Art im In- und Ausland gründen, erwerben und sich an ihnen beteiligen sowie solche Unternehmen leiten oder sich auf die Verwaltung der Beteiligung beschränken. Sie kann ihren Betrieb ganz oder teilweise in verbundene Unternehmen ausgliedern.

§ 3

Beauftragung der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost

Die Gesellschaft lässt Angelegenheiten im Sinne des § 3 Abs. 1 des Bundesanstalt Post-Gesetzes durch die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost wahrnehmen. Sie schließt zu diesem Zweck entgeltliche Geschäftsbesorgungsverträge mit der Bundesanstalt.

§ 4

Bekanntmachungen und Informationen

(1) Die Bekanntmachungen der Gesellschaft werden im Bundesanzeiger veröffentlicht.

(2) Die Gesellschaft ist im Rahmen des gesetzlich Zulässigen berechtigt, Informationen an ihre Aktionäre im Wege der Datenfernübertragung zu übermitteln.

II. GRUNDKAPITAL UND AKTIEN

§ 5

Höhe und Einteilung des Grundkapitals

(1) Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt € 12.189.334.005,76 (in Worten: zwölf Milliarden einhundertneundachtzig Millionen dreihundertvierunddreißig Tausend fünf Euro sechsundsiebzig Cent). Es ist eingeteilt in 4.761.458.596 (in Worten: vier Milliarden siebenhunderteinundsechzig Millionen vierhundertachtundfünfzig Tausend fünfhundertsechundneunzig) Stückaktien.

(2) Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital in der Zeit bis zum 30. Mai 2022 mit Zustimmung des Aufsichtsrats um bis zu € 3.600.000.000 durch Ausgabe von bis zu 1.406.250.000 auf den Namen lautende Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen zu erhöhen. Die Ermächtigung kann vollständig oder ein- oder mehrmals in Teilbeträgen ausgenutzt werden. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats Spitzenbeträge von dem Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen. Der Vorstand ist zudem ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre bei Kapitalerhöhungen gegen Sacheinlagen auszuschließen, um neue Aktien im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen oder im Rahmen des Erwerbs von Unternehmen, Unternehmensteilen oder Beteiligungen an Unternehmen, einschließlich der Erhöhung bestehenden Anteilsbesitzes, oder anderen mit einem solchen Akquisitionsvorhaben im Zusammenhang stehenden einlagefähigen Wirtschaftsgütern, einschließlich Forderungen gegen die Gesellschaft, auszugeben. Jedoch darf der auf neue Aktien, für die das Bezugsrecht aufgrund dieser Ermächtigungen ausgeschlossen wird, insgesamt entfallende anteilige Betrag des Grundkapitals zusammen mit dem anteiligen Betrag des Grundkapitals, der auf Aktien entfällt oder auf den sich Wandlungs- und/oder Optionsrechte bzw. -pflichten aus Schuldverschreibungen beziehen, die nach Beginn des 31. Mai 2017 unter Bezugsrechtsausschluss ausgegeben bzw. veräußert worden sind, 20% des Grundkapitals nicht überschreiten; maßgeblich ist entweder das zum 31. Mai 2017, das zum Zeitpunkt der Eintragung der Ermächtigung oder das zum Zeitpunkt der Ausgabe der neuen Aktien vorhandene Grundkapital, wobei auf denjenigen der drei genannten Zeitpunkte abzustellen ist, zu dem der Grundkapitalbetrag am geringsten ist. Als Bezugsrechtsausschluss ist es auch anzusehen, wenn die Ausgabe bzw. Veräußerung in entsprechender oder sinngemäßer Anwendung von § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG erfolgt. Der Vorstand ist darüber hinaus ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats den weiteren Inhalt der Aktienrechte und die Bedingungen der Aktienausgabe festzulegen (Genehmigtes Kapital 2017).

(3) Das Grundkapital der Gesellschaft ist um bis zu € 1.200.000.000,00, eingeteilt in bis zu 468.750.000 Stückaktien, bedingt erhöht (Bedingtes Kapital 2018). Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie

(a) die Inhaber bzw. Gläubiger von Optionsschuldverschreibungen, Wandlungsschuldverschreibungen, Genussrechten und/oder Gewinnschuldverschreibungen (bzw. Kombinationen dieser Instrumente) mit Options- oder Wandlungsrechten, die von der Deutschen Telekom AG oder deren unmittelbaren oder mittelbaren Mehrheitsbeteiligungsgesellschaften aufgrund des Ermächtigungsbeschlusses der ordentlichen Hauptversammlung vom 17. Mai 2018 bis zum 16. Mai 2023 ausgegeben bzw. garantiert werden, von ihren Options- bzw. Wandlungsrechten Gebrauch machen oder

(b) die aus von der Deutschen Telekom AG oder deren unmittelbaren oder mittelbaren Mehrheitsbeteiligungsgesellschaften aufgrund des Ermächtigungsbeschlusses der ordentlichen Hauptversammlung vom 17. Mai 2018 bis zum 16. Mai 2023 ausgegebenen oder garantierten Optionsschuldverschreibungen, Wandlungsschuldverschreibungen, Genussrechten und/oder Gewinnschuldverschreibungen (bzw. Kombinationen dieser Instrumente) Verpflichteten ihre Options- bzw. Wandlungspflicht erfüllen (einschließlich des Falls, dass die Deutsche Telekom AG in Ausübung eines Tilgungswahlrechts bei Endfälligkeit ganz oder teilweise an Stelle der Zahlung des fälligen Geldbetrags Aktien der Deutschen Telekom AG gewährt)

und nicht andere Erfüllungsformen eingesetzt werden. Die neuen Aktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres an, in dem sie durch Ausübung von Options- oder Wandlungsrechten oder durch Erfüllung von Options- bzw. Wandlungspflichten entstehen, am Gewinn teil. Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, § 5 Abs. 3 der Satzung entsprechend der jeweiligen Inanspruchnahme des bedingten Kapitals und nach Ablauf sämtlicher Options- bzw. Wandlungsfristen zu ändern.

(4) Die Aktien lauten auf den Namen.

(5) Trifft bei einer Kapitalerhöhung der Erhebungsbeschluss keine Bestimmung darüber, ob die neuen Aktien auf den Inhaber oder auf den Namen lauten sollen, so lauten sie auf den Namen.

(6) Die Form der Aktienurkunden und der Gewinnanteil- und Erneuerungsscheine bestimmt der Vorstand. Ein Anspruch der Aktionäre auf Verbriefung ihrer Aktien und Gewinnanteilscheine ist ausgeschlossen, soweit nicht eine Verbriefung nach den Regeln einer Börse erforderlich ist, an der die Aktie zugelassen ist. Die Gesellschaft ist berechtigt, Aktienurkunden auszustellen, die einzelne Aktien (Einzelaktien) oder mehrere Aktien (Sammelurkunden) verkörpern.

(7) Bei einer Kapitalerhöhung kann die Gewinnbeteiligung neuer Aktien abweichend von § 60 des Aktiengesetzes bestimmt werden.

III. VORSTAND

§ 6

Zusammensetzung und Geschäftsordnung

(1) Der Vorstand besteht aus mindestens zwei Mitgliedern. Im Übrigen bestimmt der Aufsichtsrat die Zahl der Mitglieder des Vorstands.

(2) Die Mitglieder des Vorstands sollen hervorragende Kenner des Telekommunikationswesens, der Wirtschaft oder der Unternehmensführung sein.

(3) Der Aufsichtsrat kann einen Vorsitzenden des Vorstands sowie einen stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstands ernennen. Es können stellvertretende Vorstandsmitglieder bestellt werden.

(4) Der Vorstand gibt sich durch einstimmigen Beschluss aller Vorstandsmitglieder eine Geschäftsordnung, die der Zustimmung des Aufsichtsrats bedarf.

§ 7

Vertretung der Gesellschaft

Die Gesellschaft wird gesetzlich vertreten durch zwei Mitglieder des Vorstands oder durch ein Mitglied des Vorstands in Gemeinschaft mit einem Prokuristen. Stellvertretende Vorstandsmitglieder stehen hinsichtlich der Vertretungsmacht ordentlichen Vorstandsmitgliedern gleich.

§ 8

Geschäftsführung

Der Vorstand führt die Geschäfte unter Beachtung der Geschäftsordnung und des vom Aufsichtsrat gebilligten Geschäftsverteilungsplans.

IV. AUFSICHTSRAT

§ 9

Zusammensetzung, Amtsdauer, Amtsniederlegung

(1) Der Aufsichtsrat besteht aus zwanzig Mitgliedern, und zwar zehn Aufsichtsratsmitgliedern der Aktionäre und zehn Aufsichtsratsmitgliedern der Arbeitnehmer. Die Aufsichtsratsmitglieder der Aktionäre werden von der Hauptversammlung, die Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer werden nach den Vorschriften des Mitbestimmungsgesetzes gewählt.

(2) Die Wahl der Aufsichtsratsmitglieder erfolgt für die Zeit bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung des Aufsichtsrats für das vierte Geschäftsjahr nach Beginn der Amtszeit beschließt. Das Geschäftsjahr, in dem die Amtszeit beginnt, wird nicht mitgerechnet. Die Hauptversammlung kann für Mitglieder der Aktionäre bei der Wahl eine kürzere Amtszeit bestimmen. Die Wahl eines Nachfolgers eines vor Ablauf seiner Amtszeit ausgeschiedenen Mitglieds der Aktionäre erfolgt, soweit die Hauptversammlung die Amtszeit des Nachfolgers nicht abweichend bestimmt, für den Rest der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds.

(3) Mit der Wahl eines Aufsichtsratsmitglieds kann gleichzeitig ein Ersatzmitglied bestellt werden, das Mitglied des Aufsichtsrats wird, wenn das Aufsichtsratsmitglied vor Ablauf seiner Amtszeit ausscheidet, ohne dass ein Nachfolger gewählt ist. Das Amt eines in den Aufsichtsrat nachgerückten Ersatzmitglieds der Aktionäre erlischt, sobald ein Nachfolger für das ausgeschiedene Aufsichtsratsmitglied bestellt ist, spätestens mit Ablauf der Amtszeit des ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitglieds.

(4) Die Mitglieder und die Ersatzmitglieder des Aufsichtsrats können ihr Amt durch eine an den Vorsitzenden des Aufsichtsrats oder an den Vorstand zu richtende schriftliche Erklärung unter Einhaltung einer Frist von vier Wochen niederlegen.

§ 10 Vorsitzender und Stellvertreter

(1) Der Aufsichtsrat wählt nach Maßgabe des § 27 Abs. 1 und 2 des Mitbestimmungsgesetzes aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter für die in § 9 Abs. 2 dieser Satzung bestimmte Amtszeit. Die Wahl erfolgt im Anschluss an die Hauptversammlung, in der die von der Hauptversammlung zu wählenden Aufsichtsratsmitglieder der Aktionäre gewählt worden sind, in einer ohne besondere Einberufung stattfindenden Sitzung. Scheidet der Vorsitzende oder sein Stellvertreter vor Ablauf der Amtszeit aus seinem Amt aus, so hat der Aufsichtsrat eine Neuwahl für die restliche Amtszeit des Ausgeschiedenen vorzunehmen.

(2) Unmittelbar nach der Wahl des Vorsitzenden und seines Vertreters bildet der Aufsichtsrat zur Wahrnehmung der in § 31 Abs. 3 des Mitbestimmungsgesetzes bezeichneten Aufgaben einen Ausschuss, dem der Vorsitzende, sein Stellvertreter sowie je ein von den Mitgliedern der Arbeitnehmer und von den Mitgliedern der Aktionäre mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewähltes Mitglied angehören.

§ 11 Geschäftsordnung

Im Rahmen der zwingenden gesetzlichen Vorschriften und der Bestimmungen dieser Satzung gibt sich der Aufsichtsrat eine Geschäftsordnung. Die Geschäftsordnung des Aufsichtsrats hat zu bestimmen, dass bestimmte Arten von Geschäften, insbesondere

- solche, die die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Gesellschaft oder Risikoexposition der Gesellschaft grundlegend verändern, und
- Gründung, Auflösung, Erwerb oder Veräußerung von Unternehmensbeteiligungen ab einer vom Aufsichtsrat in der Geschäftsordnung festzulegenden Grenze

nur mit seiner Zustimmung vorgenommen werden dürfen. Der Aufsichtsrat kann widerruflich die Zustimmung zu einem bestimmten Kreis von Geschäften allgemein oder für den Fall, dass das einzelne Geschäft bestimmten Bestimmungen genügt, im Voraus erteilen.

§ 12 Schweigepflicht

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben – auch nach dem Ausscheiden aus dem Amt – über vertrauliche Angaben und Geheimnisse der Gesellschaft, namentlich Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, die ihnen durch ihre Tätigkeit im Aufsichtsrat bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren.

§ 13 Vergütung

(1) Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten neben der Erstattung ihrer baren Auslagen und der auf die Vergütung und Auslagen anfallenden Umsatzsteuer eine feste jährliche Vergütung in Höhe von € 70.000,00.

(2) Zusätzlich zu der Vergütung nach Absatz 1 erhält der Aufsichtsratsvorsitzende € 70.000,00, sein Stellvertreter € 35.000,00.

(3) Für die Tätigkeit in den Ausschüssen des Aufsichtsrats erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrats zusätzlich

- (a) der Vorsitzende des Prüfungsausschusses € 80.000,00, jedes andere Mitglied des Prüfungsausschusses € 40.000,00,
- (b) der Vorsitzende des Präsidialausschusses € 70.000,00, jedes andere Mitglied des Präsidialausschusses € 30.000,00,
- (c) der Vorsitzende des Nominierungsausschusses € 25.000,00, jedes andere Mitglied des Nominierungsausschusses € 12.500,00,
- (d) der Vorsitzende eines anderen Ausschusses € 40.000,00, jedes andere Mitglied eines Ausschusses € 25.000,00. Der Vorsitz und die Mitgliedschaft im Vermittlungsausschuss bleiben unberücksichtigt.

(4) Darüber hinaus erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrats für jede Sitzung des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse, an der sie teilnehmen, ein Sitzungsgeld von € 1.000,00.

(5) Aufsichtsratsmitglieder, die dem Aufsichtsrat nur während eines Teils des jeweiligen Geschäftsjahres angehören, erhalten für jeden angefangenen Monat ihrer Mitgliedschaft ein Zwölftel der Vergütung. Entsprechendes gilt für die Erhöhung der Vergütung für den Aufsichtsratsvorsitzenden und seinen Stellvertreter gemäß Absatz 2 sowie für die Erhöhung der Vergütung für die Mitgliedschaft und den Vorsitz in einem Aufsichtsratsausschuss gemäß Absatz 3.

(6) Die Vergütung nach Absatz 1 sowie das Sitzungsgeld werden nach Ablauf der Hauptversammlung fällig, die den Konzernabschluss für das jeweilige Geschäftsjahr entgegennimmt oder über seine Billigung entscheidet.

V. HAUPTVERSAMMLUNG

§ 14 Ort und Einberufung

(1) Die Hauptversammlung findet am Sitz der Gesellschaft, an einem deutschen Börsenplatz oder in einer deutschen Großstadt mit mehr als 250.000 Einwohnern statt.

(2) Die Einberufung muss mit einer Frist von mindestens dreißig Tagen vor der Versammlung verlängert um die Tage der Anmeldefrist nach § 16 Abs. 1 im Bundesanzeiger bekannt gemacht werden; dabei werden der Tag der Versammlung und der Tag der Einberufung nicht mitgerechnet.

§ 15 Ton- und Bildübertragungen

(1) Mitgliedern des Aufsichtsrats ist in Abstimmung mit dem Versammlungsleiter die Teilnahme an der Hauptversammlung im Wege der Ton- und Bildübertragung in den Fällen ausnahmsweise gestattet, in denen sie auf Grund ihres Wohnsitzes im Ausland erhebliche Reisen zum Ort der Hauptversammlung in Kauf nehmen müssten.

(2) Der Vorstand ist ermächtigt, die vollständige oder teilweise Bild- und Tonübertragung der Hauptversammlung zuzulassen.

§ 16 Teilnahmerecht und Stimmrecht

(1) Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die im Aktienregister eingetragen sind und sich rechtzeitig bei der Gesellschaft angemeldet haben. Die Anmeldung bei der Gesellschaft kann auch unter Nutzung eines Internetdialogs erfolgen, wenn und soweit die Gesellschaft einen solchen hierfür zur Verfügung stellt. Die Anmeldung muss der Gesellschaft unter der in der Einberufung hierfür mitgeteilten Adresse mindestens sechs Tage vor der Versammlung zugehen. Der Vorstand bzw. im Fall der Einberufung durch den Aufsichtsrat, der Aufsichtsrat, kann in der Einberufung der Hauptversammlung eine kürzere, in Tagen zu bemessende Anmeldefrist bestimmen. Bei der Anmeldefrist werden der Tag der Versammlung und der Tag des Zugangs der Anmeldung nicht mitgerechnet.

(2) Das Stimmrecht kann durch einen Bevollmächtigten ausgeübt werden. In den Fällen, in denen die Erteilung der Vollmacht nicht dem Anwendungsbereich des § 135 AktG unterliegt, können die Erteilung einer Vollmacht durch Erklärung gegenüber der Gesellschaft oder dem von der Gesellschaft benannten Stimm-

rechtsvertreter, der Widerruf einer solchen Vollmacht und der Nachweis einer solchen Bevollmächtigung gegenüber der Gesellschaft auch unter Nutzung eines Internetdialogs erfolgen, wenn und soweit die Gesellschaft einen solchen hierfür zur Verfügung stellt. Bereits unmittelbar durch Gesetz eröffnete Formen für die Erteilung der Vollmacht, ihren Widerruf und den Nachweis der Bevollmächtigung gegenüber der Gesellschaft werden hierdurch nicht eingeschränkt.

(3) Der Vorstand ist ermächtigt vorzusehen, dass Aktionäre an der Versammlung auch ohne Anwesenheit an deren Ort und ohne einen Bevollmächtigten teilnehmen und sämtliche oder einzelne ihrer Rechte ganz oder teilweise im Wege elektronischer Kommunikation ausüben können (Online-Teilnahme).

(4) Der Vorstand ist ermächtigt vorzusehen, dass Aktionäre ihre Stimmen, auch ohne an der Versammlung teilzunehmen, schriftlich oder im Wege elektronischer Kommunikation abgeben dürfen (Briefwahl).

§ 17 Vorsitz in der Hauptversammlung

(1) Den Vorsitz in der Hauptversammlung führt der Vorsitzende des Aufsichtsrats oder im Fall seiner Verhinderung ein anderes vom Aufsichtsrat zu bestimmendes Aufsichtsratsmitglied der Aktionäre.

(2) Der Vorsitzende leitet die Versammlung. Er bestimmt die Reihenfolge, in der die Gegenstände der Tagesordnung verhandelt werden, sowie die Art und Reihenfolge der Abstimmungen. Er kann das Frage- und Rederecht der Aktionäre zeitlich angemessen beschränken; er kann insbesondere den zeitlichen Rahmen des Versammlungsverlaufs, der Aussprache zu den Tagesordnungspunkten sowie des einzelnen Rede- oder Fragebeitrags angemessen festsetzen.

§ 18 Beschlussfassung

(1) Jede Stückaktie gewährt in der Hauptversammlung eine Stimme.

(2) Die Beschlüsse werden, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen und, soweit das Gesetz außer der Stimmenmehrheit eine Kapitalmehrheit vorschreibt, mit der einfachen Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals gefaßt.

VI. JAHRESABSCHLUSS UND GEWINNVERWENDUNG

§ 19 Jahresabschluss und ordentliche Hauptversammlung

(1) Der Vorstand hat in den ersten drei Monaten des Geschäftsjahres den Jahresabschluss und den Lagebericht sowie den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht für das vergangene Jahr unverzüglich nach ihrer Aufstellung dem Aufsichtsrat vorzulegen. Zugleich hat der Vorstand den Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns dem Aufsichtsrat vorzulegen. §§ 298 Abs. 3 und 315 Abs. 3 HGB bleiben unberührt.

(2) Nach Eingang des Berichts des Aufsichtsrats hat der Vorstand unverzüglich die ordentliche Hauptversammlung einzuberufen, die innerhalb der ersten acht Monate eines jeden Geschäftsjahres stattzufinden hat. Sie beschließt über die Entlastung des Vorstands und des Aufsichtsrats, über die Wahl des Abschlussprüfers und die Verwendung des Bilanzgewinns.

(3) Vorstand und Aufsichtsrat sind ermächtigt, bei der Feststellung des Jahresabschlusses den Jahresüberschuss, der nach Abzug der in die gesetzliche Rücklage einzustellenden Beträge und eines Verlustvortrags verbleibt, zum Teil oder ganz in andere Rücklagen einzustellen. Die Einstellung eines größeren Teils als der Hälfte des Jahresüberschusses ist nicht zulässig, soweit die anderen Gewinnrücklagen nach der Einstellung die Hälfte des Grundkapitals übersteigen würden.

(4) Der Bilanzgewinn wird an die Aktionäre verteilt, soweit die Hauptversammlung nicht eine andere Verwendung beschließt.

(5) Die Hauptversammlung kann auch eine Sachausschüttung beschließen, wenn es sich bei den auszuschüttenden Sachwerten um solche handelt, die auf einem Markt im Sinne von § 3 Abs. 2 AktG gehandelt werden.

VII. GESCHÄFTSAUFNAHME

§ 20 Geschäftsaufnahme

Die Geschäfte der Deutsche Telekom AG werden am 1. Januar 1995 aufgenommen. Ab diesem Zeitpunkt gelten die Handlungen der Deutschen Bundespost TELEKOM als für Rechnung der Deutsche Telekom AG vorgenommen.

VIII. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

§ 21 Ermächtigung zur Änderung der Satzungsfassung

Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, Änderungen der Satzung zu beschließen, die nur die Fassung betreffen. Er kann außerdem die Satzung ohne Beschluss der Hauptversammlung an neue gesetzliche Vorschriften anpassen, die für die Gesellschaft verbindlich werden.

**ARTICLES OF INCORPORATION
OF DEUTSCHE TELEKOM AG**

I. GENERAL PROVISIONS

§ 1

Firm, Headquarters and Financial Year

(1) The stock corporation - hereinafter referred to as the "Corporation" - shall be designated Deutsche Telekom AG.

(2) Its registered office shall be in Bonn.

(3) Financial year shall be the calendar year.

§ 2

Object

(1) The object of the enterprise is to engage in all areas of telecommunications, information technology, multimedia, information and entertainment (including gambling or betting business), security services, sales and brokerage services, e-banking, e-money and other payment solutions, collection, factoring, and reception and surveillance services as well as any services connected with these areas, and in related areas in Germany and abroad. The object of the enterprise also includes engaging in business in the area of venture capital, including the acquisition, holding, management, and sale of venture capital interests, in particular but not exclusively, in companies that are involved in the areas stated in sentence 1. Moreover, the object of the enterprise is to engage in the field of reinsurance in connection with the areas specified in the first sentence of this paragraph; this activity must not be performed directly by the Corporation itself.

(2) The Corporation shall be entitled to enter into all other transactions and take all other measures deemed appropriate to serve the object of the enterprise pursuant to subpara. 1. It may also set up, acquire and participate in other undertakings of the same or similar kind in Germany and abroad, as well as run such undertakings or confine itself to the administration of its participation. It may spin off its operations wholly or partly to affiliated undertakings.

§ 3

Commissioning the Deutsche Bundespost Federal Posts and Telecommunications Agency

The Corporation shall arrange for matters within the meaning of §3 (1) of the Federal Posts and Telecommunications Agency Act to be carried out by the Deutsche Bundespost Federal Posts and Telecommunications Agency. For this purpose it shall enter into non-gratuitous business management contracts with the Federal Agency.

§ 4

Announcements and Information

(1) Announcements of the Corporation shall be published in the Federal Gazette.

(2) The Corporation shall be entitled as permitted by law to forward information to its shareholders electronically.

II. CAPITAL STOCK AND SHARES

§ 5

Amount and Breakdown of Capital Stock

(1) The capital stock of the Corporation amounts to € 12,189,334,005.76 (in words: twelve billion, one hundred eighty-nine million, three hundred thirty-four thousand, five euro and seventy-six cents). It is divided into 4,761,458,596 (in words: four billion, seven hundred sixty-one million, four hundred fifty-eight thousand, five hundred ninety-six) no par value shares.

(2) The Board of Management is authorized to increase the capital stock with the approval of the Supervisory Board by up to EUR 3,600,000,000 by issuing up to 1,406,250,000 registered no par value shares against cash and/or non-cash contributions in the period up to May 30, 2022. This authorization may be exercised as a whole or on one or more occasions in partial amounts. The Board of Management is authorized, subject to the approval of the Supervisory Board, to exclude fractional amounts from shareholders' subscription rights. Further, the Board of Management is authorized, subject to the approval of the Supervisory Board, to exclude shareholders' subscription rights when increasing capital stock against non-cash contributions in order to issue new shares for mergers or acquisitions of companies, business units, or interests in companies, including increasing existing investment holdings, or other assets eligible for contribution in conjunction with such acquisitions, including receivables from the Company. However, the overall proportion of capital stock accounted for by new shares which exclude subscription rights on the basis of this authorization, together with the proportion of capital stock accounted for by shares or accounted for by option and/or conversion rights and obligations from bonds issued or sold after the start of May 31, 2017, with subscription rights being excluded, must not exceed 20% of capital stock; the capital stock available as of May 31, 2017, as of the date of registry of the authorization, or as of the date of issuing the new shares is decisive, taking the lowest value for capital stock out of these three named dates. The shareholders' subscription rights are also deemed to be excluded if the shares are issued or sold by appropriate or analogous application of § 186 sentence 4 AktG. Further, the Board of Management is authorized, subject to the approval of the Supervisory Board, to determine the further content of share rights and the conditions under which shares are issued (authorized capital 2017).

(3) The Corporation's capital stock is conditionally increased by up to EUR 1,200,000,000.00, divided into up to 468,750,000 no par value shares (contingent capital 2018). The contingent capital increase shall be implemented only to the extent that

a) the holders or creditors of bonds with warrants, convertible bonds, profit participation rights and/or participating bonds (or combinations of these instruments) with option or conversion rights, which are issued or guaranteed by Deutsche Telekom AG or its direct or indirect majority holdings by May 16, 2023, on the basis of the authorization resolution granted by the ordinary shareholders' meeting on May 17, 2018, make use of their option and/or conversion rights or

b) those obligated as a result of bonds with warrants, convertible bonds, profit participation rights and/or participating bonds (or combinations of these instruments) which are issued or guaranteed by Deutsche Telekom AG or its direct or indirect majority holdings by May 16, 2023, on the basis of the authorization resolution granted by the ordinary shareholders' meeting on May 17, 2018, fulfill their option or conversion obligations (including in the event that, in exercising a repayment option when the final due date of the bond is reached, Deutsche Telekom AG grants shares in Deutsche Telekom AG completely or partially in lieu of payment of the amount due)

and other forms of fulfillment are not used. The new shares shall participate in profits starting at the beginning of the financial year in which they are issued as the result of the exercise of any option or conversion rights, or the fulfillment of any option or conversion obligations. The Supervisory Board is authorized to amend § 5 (3) of the Articles of Incorporation in accordance with the particular usage of the contingent capital and after the expiry of all the option or conversion periods.

(4) The shares shall be registered shares.

(5) Where a resolution on capital increase does not stipulate whether the new shares be bearer or registered shares, they shall be registered shares.

(6) The Board of Management shall stipulate the form of share certificates and the profit sharing and renewal certificates. A right of shareholders to certification of their shares and profit shares is precluded unless certification is necessary according to the rules of a stock exchange where the stock is listed. The Corporation shall be entitled to issue stock certificates embodying individual shares or several shares (global certificates).

(7) In any capital increase, the distribution of profits in relation to new shares may be determined in derogation of § 60 of the Stock Corporation Act.

III. BOARD OF MANAGEMENT

§ 6

Composition and Rules of Procedure

(1) The Board of Management shall consist of two members at least. For the rest the Supervisory Board shall determine the number of Board of Management members.

(2) Board of Management members shall be outstanding experts on telecommunications, the economy or business management.

(3) The Supervisory Board may appoint a Chairman as well as a Deputy Chairman of the Board of Management. Deputy members of the Board of Management may be appointed.

(4) The Board of Management shall adopt by unanimous decision of all its members its Rules of Procedure, which shall require the consent of the Supervisory Board.

§ 7

Outside Representation

The Corporation shall be legally represented by two members of the Board of Management or by one member of the Board of Management jointly with a Prokurist¹. Deputy members of the Board of Management shall have the same rights as ordinary members of the Board of Management with regard to the power of representation.

§ 8

Business Management

The Board of Management shall manage its business in accordance with the Rules of Procedure and the Schedule of Responsibilities approved by the Supervisory Board.

1) A "Prokurist" is a holder of a general commercial power of attorney called "Prokura", § 48 Commercial Code.

IV. SUPERVISORY BOARD

§ 9

Composition, Tenure of Office, Retirement from Office

(1) The Supervisory Board shall consist of twenty members, specifically ten members representing the shareholders and ten members representing the employees. The Supervisory Board members representing the shareholders shall be elected by the shareholders' meeting and the Supervisory Board members representing the employees shall be elected in accordance with the provisions of the German Codetermination Act (Mitbestimmungsgesetz).

(2) The members of the Supervisory Board shall be elected for the period ending with the shareholders' meeting that approves the actions of the Supervisory Board for the fourth financial year following commencement of tenure of office. The financial year in which tenure of office commences shall not be counted. The shareholders' meeting may determine, for members representing shareholders, a shorter tenure of office at the time of their election. A successor to a member representing shareholders who has resigned prior to expiry of his/her tenure of office shall be elected for the remainder of the retired member's tenure of office, unless the successor's tenure of office is otherwise determined by the shareholders' meeting.

(3) With the election of a Supervisory Board member, a substitute member may be nominated at the same time who will become a member of the Supervisory Board if the Supervisory Board member resigns prior to expiry of his/her tenure of office without a successor having been elected. The office of a substitute who has advanced to the Supervisory Board shall cease to exist as soon as a successor to the retired Supervisory Board member has been elected, at the latest upon expiry of the tenure of office of the retired Supervisory Board member.

(4) Members and substitute members of the Supervisory Board may resign from their office by written notice to the Chairman of the Supervisory Board or to the Board of Management, giving notice of four weeks.

§ 10 Chairman and Deputy Chairman

(1) The Supervisory Board shall elect from its members in accordance with §27 (1) and (2) of the Codetermination Act a Chairman and a Deputy Chairman for the tenure of office as laid down in §9 (2) of these Articles of Incorporation. The election shall take place at the close of the shareholders' meeting in which the Supervisory Board members representing the shareholders and elected by the shareholders' meeting, have been elected, in a meeting that has not been specially convened. If the Chairman or the Deputy Chairman resigns prior to expiry of his tenure of office, the Supervisory Board shall hold a new election to cover the remainder of the retired person's tenure of office.

(2) Immediately following election of the Chairman and the Deputy Chairman the Supervisory Board shall establish, for the purpose of discharging the function set out in §31 (3) of the Codetermination Act, a committee composed of the Chairman, the Deputy Chairman and one member elected by the employee members and one member elected by the shareholder members by a majority of votes cast.

§ 11 Rules of Procedure

The Supervisory Board shall adopt its Rules of Procedure within the limits of mandatory legal provisions and the provisions of these Articles of Incorporation. These Rules of Procedure of the Supervisory Board shall stipulate that certain kinds of transaction, in particular

- those which fundamentally change the net worth, financial position and results of the Corporation or the Corporation risk exposure, and
- those that establish, dissolve, acquire or sell equity interests in enterprises above a limit to be determined by the Supervisory Board in the Rules of Procedure

can only be conducted with the consent of the Supervisory Board. The Supervisory Board may give revocable consent in advance to a certain group of transactions in general or to individual transactions that meet certain requirements.

§ 12 Pledge of Secrecy

Supervisory Board members shall – even after retirement from office – observe secrecy with regard to confidential data and secrets of the Corporation, specifically trade and operating secrets to which they have gained access through serving on the Supervisory Board.

§ 13 Remuneration

(1) In addition to reimbursement for cash expenses and value-added tax paid on remuneration and expenses, the members of the Supervisory Board shall receive fixed annual remuneration amounting to EUR 70,000.00.

(2) The Chairman of the Supervisory Board shall receive EUR 70,000.00 in addition to the remuneration stated in (1) hereof, and the Deputy Chairman EUR 35,000.00.

(3) The members of the Supervisory Board shall receive additional remuneration for work on Supervisory Board committees as follows

- a) The Chairman of the Audit Committee EUR 80,000.00, all other Audit Committee members EUR 40,000.00,
- b) The Chairman of the General Committee EUR 70,000.00, all other General Committee members EUR 30,000.00,
- c) The Chairman of the Nomination Committee EUR 25,000.00, all other Nomination Committee members EUR 12,500.00,
- d) The Chairman of another committee EUR 40,000.00, all other members of a committee EUR 25,000.00. Chairmanship and membership of the Mediation Committee shall remain unaffected.

(4) Further, members of the Supervisory Board shall receive an attendance fee amounting to EUR 1,000.00 for each meeting of the Supervisory Board or its committees attended by them.

5) Members of the Supervisory Board who are on the Supervisory Board for only part of the financial year in question shall receive one twelfth of the remuneration for every month of membership or part thereof. The same shall apply to the increase in remuneration for the Supervisory Board Chairman and Deputy Chairman pursuant to (2) hereof and to the increase in remuneration for Supervisory Board committee membership or chairmanship pursuant to (3) hereof.

(6) The remuneration pursuant to (1) hereof and the attendance fee shall fall due at the end of the shareholders' meeting to which the consolidated financial statements for the financial year in question are presented or which decides on its approval.

V. SHAREHOLDERS' MEETING

§ 14 Venue and Convocation

(1) The shareholders' meeting shall take place at the headquarters of the Corporation, or at the location of a German stock exchange or in a German city with a population of more than 250,000.

(2) The convocation must be published in the Federal Gazette with a notice period of at least thirty days prior to the date of the shareholders' meeting, which notice period is to be extended by the number of days of the application period pursuant to § 16 (1); the day on which the shareholders' meeting is held and the day on which it is convened shall not be counted.

§ 15 Audio and Video Transmissions

(1) If the Chairman of the meeting is in agreement, Supervisory Board members may exceptionally be allowed to participate in the shareholders' meeting by means of audio and video transmission, if as a result of their residency abroad they would have to undertake a considerable journey to arrive at the venue of the shareholders' meeting.

(2) The Board of Management shall be authorized to allow the broadcasting in audio and video of the shareholders' meeting in full or in part.

§ 16 Right to Participate and Voting Right

(1) All shareholders who are entered in the shareholders' register and have registered on time with the Corporation shall be eligible to participate in and exercise their voting rights at the shareholders' meeting. Shareholders may also register with the Corporation using an Internet dialog, if and to the extent that the Corporation provides one for this purpose. The Corporation must receive the registration at the address stipulated for this purpose when the shareholders' meeting is called no later than six days before the shareholders' meeting. The Board of Management or, if called by the Supervisory Board, the Supervisory Board, can stipulate a shorter registration period, measured in days, in the notice of convocation of the shareholders' meeting. The registration period does not include the day of the meeting or the day of receipt of the registration.

(2) Voting rights may be exercised by a proxy. In cases in which the appointment of a proxy does not fall within the scope of § 135 AktG, the appointment of a proxy by way of a declaration to the Corporation or to the Corporation-appointed

proxies, the revocation of such a proxy, and the sending of evidence of such an authorization to the Corporation may also take place using an Internet dialog if and to the extent that the Corporation provides one for this purpose. This does not place a restriction on any forms that have already been directly provided for by law on the granting of the proxy, its revocation, and the sending of evidence of the authorization to the Corporation.

(3) The Board of Management shall be authorized to provide that shareholders can also participate in the meeting without being present at the respective venue and without a proxy, and exercise all or any of their rights in full or in part by means of electronic communications (online participation).

(4) The Board of Management shall be authorized to provide that shareholders can also cast their votes without taking part in the meeting, in writing or by means of electronic communications (postal vote).

§ 17 Chairmanship of the Shareholders' Meeting

(1) The shareholders' meeting shall be chaired by the Chairman of the Supervisory Board or, in case of him being prevented, by another Supervisory Board member representing the shareholders to be determined by the Supervisory Board.

(2) The Chairman shall chair the meeting. He shall determine the order in which agenda items are discussed as well as the manner and order of voting. He may set an appropriate time limit for shareholders' right to speak and ask questions; he can, in particular, appropriately determine the length of the Shareholders' Meeting and the time allotted for discussing items on the agenda or for any individual questions or comments.

§ 18 Passing Resolutions

(1) Each no par value share shall grant one vote in the shareholders' meeting.

(2) Resolutions shall, unless mandatory legal provisions stipulate otherwise, be passed by a simple majority of votes cast and, where the law prescribes a majority shareholding in addition to a majority vote, by a simple majority of capital stock represented at such time as the resolution is passed.

VI. ANNUAL FINANCIAL STATEMENTS AND APPROPRIATION OF NET INCOME

§ 19 Annual Financial Statements and Ordinary Shareholders' Meeting

(1) The Board of Management shall submit to the Supervisory Board the annual financial statements and the management report as well as the consolidated financial statements and the Group management report for the previous year within the first three months of the financial year without delay after the preparation thereof. The Board of Management must submit the proposal for the appropriation of net income to the Supervisory Board at the same time. §§ 298 (3) and 315 (3) German Commercial Code (HGB) remain unaffected.

(2) After receipt of the report from the Supervisory Board, the Board of Management shall convene without undue delay the ordinary shareholders' meeting, which shall take place within the first eight months of each financial year. It shall rule on the approval of the actions of the Board of Management and the Supervisory Board, on the choice of auditor and on appropriation of net income for the year.

(3) The Board of Management and the Supervisory Board shall be empowered, at the time of adoption of the annual financial statements, to allocate to other reserves wholly or in part the net income for the year remaining after deduction of the amounts to be allocated to the legal reserves and of any loss carried forward. Allocating a larger part than half of the net income for the year shall not be permitted where the other retained earnings would exceed half of the capital stock following allocation.

(4) The unappropriated net income for the year shall be distributed among the shareholders unless the shareholders' meeting decides on a different appropriation.

(5) The shareholders' meeting may also decide to pay dividends in kind if these assets are such as can be traded on a market as defined by § 3 (2) of the Stock Corporation Act (Aktiengesetz).

VII. COMMENCEMENT OF BUSINESS

§ 20 Commencement of Business

Deutsche Telekom AG business shall commence on 1 January 1995. As from that date, Deutsche Bundespost TELEKOM acts shall be deemed pursued for the account of Deutsche Telekom AG.

VIII. FINAL PROVISIONS

§ 21 Authorization to Change the Wording of the Articles of Incorporation

The Supervisory Board is hereby authorized to make changes in the Articles of Incorporation that merely affect the wording. Moreover, it may bring the Articles of Incorporation into line with new statutory requirements that are binding on the Corporation without the need for a resolution by the shareholders' meeting.